

## **Pressemitteilung zum Bundesverkehrswegeplan:**

### **FDP fordert die Verwaltung auf, die Erschließung des Hafens und den Eisernen Rhein zu thematisieren**

Die FDP-Stadtratsfraktion wünscht sich von der Verwaltung eine Stellungnahme zum Bundesverkehrswegeplan, in der die verkehrlichen Interessen des Krefelder Hafens sowie die Problematik der Ausläufer des Eisernen Rheins aufgegriffen werden. Im Gegensatz zu den Grünen wertet es die FDP-Fraktion als positiv, dass 24,3 Mio. Euro für die Realisierung der sogenannten Westtangente geplant sind, für die der Bund einen "vordringlichen Bedarf" sieht. Die Westtangente - so die FDP-Fraktion - würde die Innenstadt vom Verkehr entlasten, da sie täglich rd. 15.000 Fahrzeuge, davon 2.100 Lkw, aufnehmen könnte.

"Kritischer sind demgegenüber die Planungen im Hinblick auf den Krefelder Hafen zu sehen. Während der Entwurf den weiteren Ausbau der B288/A 524 zwischen Rahm und den Rheinufer vorsieht, werden der Ausbau der B288 in Krefeld und die Erweiterung der Uerdinger Rheinbrücke nur als Projekte mit weiterem Bedarf im Planungsrecht eingestuft", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann zur Nordanbindung des Hafens. "Auf jeden Fall bedarf die Nordanbindung einer Ergänzung durch eine Südanbindung. Deshalb muss darauf hingewirkt werden, dass der Hafen an die A57 in Höhe der Raststätte Geismühle über eine Verkehrsverbindung zwischen Lank-Latum und Krefeld-Oppum zusätzlich erschlossen wird."

Die FDP-Fraktion wünscht sich weiterhin Aussagen im Bundesverkehrswegeplan zur Entlastung Krefelds von Eisenbahnverkehr: "Festzustellen ist, dass die Planungen des Bundes keinerlei Aussagen über die Fortführung des sogenannten Eisernen Rheins durch Krefeld hindurch enthalten. Auch die in der Planung erkennbare Schienenstrecke Venlo-Kaldenkirchen-Dülken-Viersen würde eine zunehmende Frequentierung des Güterverkehrs durch den Krefelder Westen, die Stadtmitte und die Stadtteile im Osten der Stadt mit entsprechender Belastung von rd. 80.000 Anwohnern nach sich ziehen. Um das zu verhindern, muss eine Alternativstrecke zu der quer durch Krefeld hindurchführenden Trasse eingeplant werden", fordert der FDP-Ratsherr Dr. Günther Porst. "Es ist deshalb erforderlich, dass die Stadt durch ihre Verwaltung eine Stellungnahme dahingehend abgibt, dass die Bundesverkehrsplanung durch Ergänzungen in Sachen Hafen und Eiserner Rhein erfährt", fordern die beiden FDP-Ratsmitglieder.